

Kirchenvertreter und Verleger für Dialog mit Rechtspopulisten

Appelle zum Schutz der Meinungsfreiheit auf Frankfurter Buchmesse

Frankfurt a.M. (epd). Im Umgang mit rechtspopulistischen Verlagen auf der Frankfurter Buchmesse haben Spitzenvertreter von Kirche und Buchhandel einen offenen Dialog gefordert. "Alle Meinungen müssen zu Wort kommen, jeder soll veröffentlichen können", erklärte der Generaldirektor des französischen Verlegerverbands SNE, Pierre Dutilleul, am Mittwoch auf der weltgrößten Literatur-Fachmesse. Das sei ein Grundprinzip der Franzosen angesichts des erstarkenden Rechtsextremismus. Frankreich ist in diesem Jahr Gastland der Buchmesse.

Grundbedingung für einen Stand ultrarechter Verlage auf der Pariser Buchmesse sei deren Bereitschaft zur Teilnahme an kontroversen öffentlichen Gesprächsrunden, erklärte der französische Verbandschef bei einem Treffen mit Börsenvereins-Vorsteher Heinrich Riethmüller und dem evangelischen Medienbischof Volker Jung. Riethmüller begrüßte diese Haltung. Rechte Verlage träten auf der Frankfurter Buchmesse "selbstbewusst" auf, so der Börsenvereins-Vorsteher. Es gehöre zur Meinungsfreiheit dazu, "dass wir das aushalten".

Auch der evangelische Theologe Jung sprach sich am ersten Tag der Buchmesse für Dialog mit Rechtspopulisten aus, wo immer das möglich sei. Zugleich rief er dazu auf, einer "digitalen Verrohung im Netz" entgegenzuwirken. Angesichts von Fake News und Hassbotschaften, die sich im Internet ungehemmt verbreiteten, werde es mehr als bisher die Aufgabe traditioneller Redaktionen sein, den Wahrheitsgehalt von Nachrichten zu prüfen, sagte der hessen-nassauische Kirchenpräsident.

Die Menschen bräuchten "Orientierung im digitalen Dschungel", unterstrich Jung zur Rolle der Medien. Im Kampf gegen Hass-Reden im Internet seien nicht nur Journalisten gefragt, sondern auch jeder Einzelne, der im Netz unterwegs sei und den Ton dort mitbestimmen könne.

Gemeinsam traten Kirchenpräsident, Börsenvereins-Vorsteher und der Verlegerverbandschef für die heute oft bedrohte Presse- und Meinungsfreiheit ein. In vielen Teilen der Welt würden Journalisten und Kulturschaffende "von Despoten drangsaliert, inhaftiert und mit dem Leben bedroht", sagte Riethmüller. Die Freiheit des Wortes sei ein Menschenrecht und dürfe nicht von der Politik zum Verhandlungsgegenstand gemacht werden, forderte der Börsenvereins-Vorsteher mit Blick auf die in der Türkei inhaftierten Journalisten Deniz Yücel und Mesale Tolu.

Auch in Deutschland gelte es, eine offene Diskussions- und Debattenkultur zu fördern, sagte Riethmüller weiter: "Ohne Meinungsfreiheit keine Bücher - und ohne Bücher keine Meinungsvielfalt."

Nach Worten von Jung wird es darauf ankommen, dass "die Medien selber gewissermaßen anwaltschaftlich für uneingeschränkte Meinungsfreiheit eintreten".

Auf der Buchmesse sind diesmal mehr als 7.150 Aussteller aus 160 Ländern vertreten. Bis Sonntag werden rund 280.000 Besucher erwartet. Dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels gehören nach eigenen Angaben rund 1.800 Verlage an.